

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (Sondersitzung)**  
**am 10.01.2013**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause: 17.35 Uhr – 17.45 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino (ab 16.30 Uhr)

Herr Jung

Frau Kammeier

Frau Andrea Niederfranke

Frau Osthus

(bis 16.25 Uhr)

Herr Weber

SPD

Herr Donath

Frau Gündogdu

Frau Schneider

(von 16.00 - 16.45 Uhr, von 17.45 -  
18.30 Uhr)

Frau Schrader

Vorsitzende

Herr Suchla

(von 16.45 -17.45 Uhr Vertreter v.  
Fr. Schneider, von 18.00 bis 18.30  
Uhr Vertreter v. Hr. Wandersleb)

Herr Wandersleb

(von 17.00 bis 18.00 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober

Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Frau Huber

Seniorenrat

(ab 16.55 Uhr)

Herr Klein

Psychiatriebeirat

(ab 16.30 Uhr)

Fraktions- bzw. gruppenloses Mitglied

Frau Geilhaar

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
 Beigeordnete Frau Ritschel  
 Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Frau Buddemeier

Herr Wörmann

Frau Dammann

Herr Feix

Frau Beckmann-Schönwälder

Herr Hilker

Frau Kleiner

Herr Markus

Herr Linnenbürger

Frau Knoll

Gäste

Herr Großegödinghaus

Herr Wiese

Frau Schellong

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5  
 Dezernat 3  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-  
 Gesundheits-, Veterinär- und  
 Lebensmittelüberwachungsamt  
 Gleichstellungsstelle  
 Projektbüro für Integrierte  
 Sozialplanung und Prävention  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-  
 Stab Dezernat 5  
 Stab Dezernat 5  
 Stab Dezernat 3  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-  
 Projektbüro für Integrierte  
 Sozialplanung und Prävention  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-

AGW  
 Drogenberatung e. V.  
 CDU-Fraktion

Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es wurden zwei Anträge als Tischvorlagen verteilt. Die Drucksachen-Nr. 5188/2009-2014 wird unter TOP 5.1 und die Drucksachen-Nr. 5205/2009-2014 wird unter TOP 5.2.1 in die Tagesordnung eingefügt. Die Anwesenden sind mit den Änderungen einverstanden.

**Zu Punkt 1      Mitteilungen****Zu Punkt 1.1      Demographie-Kinderbuch "Unsere Zukunft - Meine Stadt"**

Auf Wunsch von Frau Tatje, Leiterin des Amtes für Demographie und Statistik, verweist Vorsitzende Frau Schrader auf das erste Kinderbuch zum Thema Demographie. Ein Exemplar steht in der Sitzung zur Ansicht zur Verfügung.

-.-.-

**Zu Punkt 1.2      Bielefelder Sucht-Selbsthilfe-Wegweiser**

Herr Großegödinghaus informiert über die Erstellung eines Bielefelder Sucht-Selbsthilfe-Wegweisers. Das Besondere daran sei, dass die Selbsthilfegruppen sich so vorgestellt hätten, dass Interessierte sich einen Eindruck

- von der Zusammensetzung der Selbsthilfegruppe,
- den Abläufen der Gruppentreffen und
- insgesamt von dem Klima in der Selbsthilfegruppe

verschaffen könnten. Druckexemplare würden für die Ausschussmitglieder zur Mitnahme bereitstehen.

Darüber hinaus teilt er mit, dass er letztmalig an der SGA-Sitzung teilnehme. Turnusgemäß werde die Vertretung der AGW im SGA von einem anderen Trägervertreter wahrgenommen.

-.-.-

**Zu Punkt 2      Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

### Zu Punkt 3 Anträge

#### Zu Punkt 3.1 Erfahrungsbericht über die Nutzung des Sozialtickets (Antrag der SPD-Fraktion vom 17.12.2012)

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5152/2009-2014

Frau Schneider begründet den Antrag und bittet die Verwaltung alle Aspekte in einem Bericht zusammenzufassen. Ohne weitere Diskussion fasst der SGA folgenden

##### Beschluss:

**Die Verwaltung wird gebeten, zusammen mit moBiel und der Stiftung Solidarität, einen Erfahrungsbericht über das am 01.12.2011 in Bielefeld eingeführte Sozialticket vorzulegen. Der Bericht soll insbesondere auf den Preis und seine Akzeptanz, die Entwicklung der Verkaufszahlen und den Vertrieb eingehen.**

- 1. Der Bericht soll sodann aufzeigen, in welchem Umfang echte Mehreinnahmen durch den Verkauf des Sozialtickets generiert werden und wie diese zur Preissenkung genutzt werden können.**
- 2. Bei der Beratung des Berichts soll den Gruppen und Organisationen, die sich mit dem Sozialticket beschäftigen, Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### Zu Punkt 4 Vorstellung der Arbeit der Drogenberatung Bielefeld e. V.

Herr Wiese erläutert die Gründe für sein Schreiben vom 19.12.2012 an die Stadt Bielefeld (*Hinweis: SGA 11.12.2012, TOP 2.1*).

Er informiert umfänglich über die Arbeit der verschiedenen Institutionen, die unter dem Dach der Drogenberatung e. V. Bielefeld zusammengefasst sind (**Anlage 1**) und weist explizit darauf hin, dass der Baustein Drogenhilfezentrum Borsigstraße in dem erfolgreichen 2-Säulen-Modell drastisch zurückgefahren werden müsste. Er gibt zu Bedenken, dass sich in den letzten drei Jahren die Szene an der Stadthalle, durch die Arbeit seiner Mitarbeiter, sehr entspannt habe. Sollte sich die Szene bei Kürzung der Öffnungszeiten vom Drogenhilfezentrum abwenden, sei diese Entwicklung nicht so einfach wieder rückgängig zu machen.

Bezüglich der finanziellen Deckung verweist Beigeordneter Herr Kähler

auf Nachfrage von Herrn Weber auf die Begründung für die zwei zusätzlichen Sozialarbeiterstellen (Drucks.-Nr. 2939/2009-2014) in der SGA-Sitzung am 11.10.2011. In der Hinsicht habe sich keine Änderung ergeben.

Unter ordnungsrechtlichen Gesichtspunkten erklärt Beigeordnete Frau Ritschel ausdrücklich Ihre Unterstützung. Trotz des Wegfalls der Satzung im Stadthallenbereich sei es zu keinen Rückwanderungsbewegungen der Szene gekommen, dies sei aus Ihrer Sicht u.a. auch auf die sehr gute Arbeit im Drogenhilfezentrum zurückzuführen.

Herr Wiese beantwortet Fragen von Beigeordnete Frau Ritschel, Frau Cascante-Maristany, Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Jung, Frau Kammeier, Herrn Buschmann und Herrn Suchla zu folgenden Themen:

- Fallzahlenentwicklungen in den unterschiedlichen Bereichen
- Öffnungszeiten des Drogenhilfezentrums und des Café Impuls
- Einstiegsalter bzw. Altersstruktur der Drogenkonsumenten
- Auswirkungen von Prävention und Substitution auf den Drogenkonsum von jungen Menschen
- Kompensation der Kosten durch evtl. Umsetzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern innerhalb der Institutionen der Drogenberatung e. V.

Im Rahmen der Diskussion wird deutlich, dass die Anwesenden den erzielten Erfolg der Drogenberatung anerkennen und den Erhalt der Einrichtung sichern wollen.

Herr Suchla schlägt vor, die fehlenden 150.000 € im Rahmen einer Zusatzvereinbarung befristet bis 31.12.2013 zur Verfügung zu stellen. Herr Weber zeigt auf, dass die Pflichtigkeit der Aufgabe einem Ratsbeschluss gegenüber stehe. Aufgrund des Vorschlags von Herrn Suchla beantragt Frau Dr. Ober eine Sitzungsunterbrechung.

*Sitzungsunterbrechung von 17.35 Uhr – 17.45 Uhr.*

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt Vorsitzende Frau Schrader mit, dass der Antrag von Herrn Suchla zurückgezogen werde.

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung zu prüfen, inwieweit das Defizit der Drogenberatung e. V. von der Stadt Bielefeld kompensiert werden könne.

Beigeordneter Herr Kähler sagt ein Prüfergebnis für die Februar-Sitzung zu.

-.-.-

**Zu Punkt 5      Haushaltsplanberatungen 2013**

**Zu Punkt 5.1    Haushaltsanträge freier Träger**

**Zu Punkt 5.1.1 Haushaltsantrag der Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände Bielefeld (AGW) vom 29.11.2012**

Beschlussgrundlagen:

Drucksache: 5140/2009-2014

Drucksache: 5208/2009-2014 (Antrag der CDU-Fraktion als Tischvorlage)

Vorsitzende Frau Schrader verweist zunächst auf einen als Tischvorlage verteilten Antrag der CDU-Fraktion (**Anlage 2**) zum Antrag der Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände Bielefeld (AGW).

Herr Weber begründet den Antrag dahingehend, dass die CDU-Fraktion die Argumente der AGW unterstütze und dadurch Planungssicherheit für die freiwilligen Leistungen und die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen geschaffen werde. Er hoffe, dass dieses Thema in der interfraktionellen Arbeitsgruppe in soweit abgearbeitet werde, dass in den nächsten drei Monaten Arbeitsergebnisse umgesetzt werden können. Er beantwortet antragsbezogene Fragen von Beigeordnetem Herrn Kähler, Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Dr. Ober dahingehend, dass die Personalkostensteigerungen im Rahmen des beschlossenen Gesamtvolumens aller Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen gedeckt werden sollen. In der Arbeitsgruppe werde die Auffassung diskutiert, die aufgelaufenen Tarifsteigerungen nicht aufzufangen, die Differenz von 2009 – 2012 nicht zu schließen, aber die Kosten ab 01.01.2013 zu übernehmen. Die CDU-Fraktion möchte darüber einen konkretisierten politischen Beschluss herbeiführen. Durch die Vorstellung der Ergebnisse der HSK-Maßnahmen in der letzten SGA-Sitzung (Drucks.-Nr. 5092/2009-2014) habe die Verwaltung dargelegt, welche Einsparungen mit Mehrstellen möglich würden. Diese Erweiterung solle der AGW ebenfalls ermöglicht werden.

Vorsitzende Frau Schrader weist die Anwesenden darauf hin, dass für die Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex, mit der Zustimmung aller Anwesenden, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet worden sei.

Frau Cascante-Maristany erklärt für die BfB-Fraktion, dass sie den Antrag der AGW unterstütze. Kündigungen anderer Leistungsverträge, als Konsequenz aus dem Antrag der CDU-Fraktion, würde sie nicht zustimmen.

Für die Fraktion Die Linke bekundet Herr Dr. Schmitz grundsätzlich seine Zustimmung. Die Erhöhung einzelner Verträge auf Kosten anderer Verträge sei für ihn allerdings inakzeptabel und deshalb beantrage er eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des CDU-Antrages. Frau Schneider vertritt den Standpunkt, dass der Antrag der CDU nichts an der Gesamtsituation ändere. Es müsse jeder einzelne Vertrag betrachtet werden. Unabhängig davon drückt sie ihren Unmut darüber aus, dass Details aus nichtöffentlichen Sitzungen in öffentlichen Sitzungen zitiert würden.

Herr Buschmann zeigt auf, dass die Stadt Bielefeld den Trägern nicht vorgeschrieben habe Personalkostensteigerungen nicht zu übernehmen. Bei Steigerung dieser Kostenkomponente sollten die Träger, innerhalb des ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Rahmens, selbständig über Rationalisierungen der Leistungen entscheiden. Die Diskussion über Konsolidierungsmöglichkeiten, Erhöhung des Mittelvolumens und Verlängerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen müsse intensiv in der interfraktionellen Arbeitsgruppe geführt werden. Herr

Weber stellt klar, dass mit diesem Antrag Druck auf die interfraktionelle Arbeitsgruppe ausgeübt werden solle, dass dort konkrete Entscheidungen gefasst werden.

Frau Rathsmann-Kronshage fordert die Fraktionen auf, wenn sie derartige Anträge stellen, auch die notwendigen Deckungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass eine getrennte Abstimmung über den CDU-Antrag nicht möglich sei, da die einzelnen Punkte in einem logischen Zusammenhang stehen.

Vorsitzende Frau Schrader bittet nun um die Abstimmungen über:

a) den Antrag der Fraktion Die Linke:

**Beschluss:**

**Über die einzelnen Punkte des Antrages der CDU-Fraktion wird getrennt abgestimmt.**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Abstimmungsergebnis:

Ja: 1  
Nein: 14  
Enthaltungen: 0

b) den Antrag der CDU-Fraktion (Drucks.-Nr. 5208/2009-2014)

**Beschluss:**

1. Die eingeplanten Mittel für die Leistungsverträge werden in der Laufzeit der Leistungsverträge zur Verfügung gestellt.
2. Die tariflichen Steigerungen im Leistungs- und Finanzierungsbereich für Angebote freier Träger werden ab dem 01.01.2013 übernommen.
3. Für den gleichen Zeitraum legt die Verwaltung dem Sozial- und Gesundheitsausschuss nach Rücksprache mit den Trägern (AGW) und unter Bewertung sozialpolitischer Gegebenheiten, Maßnahmen zur Konsolidierung im finanziell notwendigen Umfang vor.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt –

Abstimmungsergebnis:

Ja: 5  
Nein: 9  
Enthaltungen: 1

Herr Dr. Schmitz nimmt für die Fraktion Die Linke den Antrag der AGW (Drucks.-Nr. 5140/2009-2014) an und bittet um Abstimmung.

**Beschluss:**

**Die tariflichen Steigerungen werden in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (Leistungsverträge) für Angebote Freier Träger ab 01.01.2013 übernommen.**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt –

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: 2  
Nein: 8  
Enthaltungen: 5

---

**Zu Punkt 5.1.2 Haushaltsantrag des Betreuungsvereins "Das Tageshaus e. V." vom 26.11.2012**  
(öffentlich)

**Beschlussgrundlage:**

Drucksache: 5188/2009-2014

Herr Dr. Schmitz nimmt für die Fraktion Die Linke den Antrag an und bittet um Abstimmung.

**Beschluss:**

**Der Betreuungsverein „Das Tageshaus e. V.“ wird ab 01.01.2013 in die kommunale Förderung aufgenommen.**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: 1  
Nein: 14  
Enthaltungen: 0

---

**Zu Punkt 5.2 Dezernat 5**

**Zu Punkt 5.2.1 Umsetzung HSK-Plus im Dezernat 5**  
(öffentlich)

**Beschlussgrundlage:**

Drucksache: 5092/2009-2014

Drucksache: 5205/2009-2014 (gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf den mit der Einladung versandten Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 5092/2009-2014.

Ohne Aussprache fasst der SGA über den Änderungsantrag folgenden

**Beschluss:**

**Der SGA stimmt der Umsetzung der in seine Zuständigkeit fallenden Teilmaßnahmen des HSK-Plus im Dezernat 5 (Maßnahmen 254 V a und b) zu.**

**Zur nachhaltigen Sicherung der HSK-Übererfüllung im Amt 500 (Maßnahme 254 V b) wird die Verwaltung beauftragt im notwendigen Volumen entstehende Personalkosten intern zu decken.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	1
Enthaltungen:	0

Sodann wird über die Beschlussvorlage Drucks.-Nr. 5092/2009-2014 wie folgt abgestimmt:

**Beschluss:**

**Unter Berücksichtigung des Beschlusses zur Drucksache 5205/2009-2014 stimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Konkretisierung des Anteils des Dezernates 5 in Höhe von 1.000.000 € an der HSK-Plus-Maßnahme „pauschaler Minderaufwand 2,6 Mio. €“ zu.**

- mit großer Mehrheit beschlossen –

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14
Nein:	1
Enthaltungen:	0

---

**Zu Punkt 5.2.2 Haushaltsplan 2013 für den Stab des Dezernates 5 - 095 - (öffentlich)**

Beschlussgrundlage:

Drucksache: 4888/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2014 bis 2016 wie folgt zu beschließen:**

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.22	Verwaltungsleitung – Dez. Soziales	139.450 €	841.240 €	701.790 €
11.05.05	Arbeitplus Bielefeld	0 €	8.487 €	8.487 €
11.05.06	REGE	22.500 €	667.230 €	644.830 €
<b>Summen</b>		<b>161.950 €</b>	<b>1.516.957 €</b>	<b>1.355.007 €</b>

wird unter Berücksichtigung der Veränderungsliste zugestimmt.

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05 und 11.05.06 für den Haushaltsplan 2013 wird zugestimmt.
4. Dem Stellenplan 2013 für den Stab des Dezernates 5 -095- wird zugestimmt.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen –

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: 9  
Nein: 1  
Enthaltungen: 5

---

**Zu Punkt 5.3  
(öffentlich)**

**Haushaltsplan 2013 für das Amt für soziale Leistungen  
- Sozialamt -**

**Beschlussgrundlage:**

Drucksache: 4804/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2014 bis 2016 wie folgt zu beschließen:**

5. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

6. Den **Teilergebnisplänen** der

<b>Produktgruppe</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis</b>
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	97 €	200.168 €	200.071 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	36.452.655 €	103.820.525 €	67.367.870 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	21.343.704 €	45.886.592 €	24.542.888 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	7.506.605 €	56.497.181 €	48.990.576 €
<b>Summen</b>		<b>65.303.061 €</b>	<b>206.404.466 €</b>	<b>141.101.405 €</b>

wird unter Berücksichtigung der Veränderungsliste zugestimmt.

7. Dem **Teilfinanzplan A** der

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 34.350 €

wird zugestimmt.

8. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 für den Haushaltsplan 2013 wird zugestimmt.

9. Dem Stellenplan 2013 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen –

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9

Nein: 1

Enthaltungen: 5

**Zu Punkt 5.4 Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

**Zu Punkt 5.4.1 Umsetzung des HSK- Plus im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5105/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes in Höhe von 20.000,- € zu.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5.4.2 Haushaltsplan 2013 ff. für die Produktgruppen 11.02.03 -Lebensmittel- und Schadstoffüberwachung, 11.02.04-Veterinärwesen/Artenschutz, 11.02.05 -Fleischhygiene, 11.07.01 - Gesundheitsförderung, 11.07.02- Gutachten und Stellungnahmen, - 11.07.03 Gesundheitshilfe und 11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz sowie der Stellenplan für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4853/2009-2014

Frau Dr. Delius weist darauf hin, dass unter Ziffer 2, Teilfinanzplan A, Produktgruppe 11.07.01 ein falscher Eintrag erfolgt sei. Der Betrag 9.100 € muss auf 600 € korrigiert werden.

**Beschluss:**

**Unter Berücksichtigung der Korrektur empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2013 bis 2016 wie folgt zu beschließen:**

1. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe 11.02.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 24.567,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.393.779 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von

24.236,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 259.853,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 50.114,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 69.143,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.01 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 78.224,-€ und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.614.118,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.02 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 114.000,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 643.027,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 420.343,- € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 593.287,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.333.133,- € wird zugestimmt.

## 2. Dem **Teilfinanzplan A**

Produktgruppe 11.02.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 300 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.02.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 1.700,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.01 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 600,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.02 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 12.038,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 200,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0 €, investiven Auszahlungen in Höhe von 2.400,- € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0 € wird zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11 02 05, 11 07 01 und 11 07 04 wird zugestimmt.

4. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen:

- 11.02.03 Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung
- 11.02.04 Veterinärwesen/ Artenschutz
- 11.02.05 Fleischhygiene
- 11.07.01 Gesundheitsförderung
- 11.07.02 Gutachten und Stellungnahmen
- 11.07.03 Gesundheitshilfe
- 2.1..4 Gesundheits- und Infektionsschutz

wird zugestimmt.

5. Der Fortschreibung der **HSK- Maßnahmen** des Amtes 530 (Maßnahmen Nr. 178, 179, 180, 181 und 182) wird zugestimmt. Die Maßnahmeblätter sind als **Anlage 1** beigelegt.
6. Dem **Stellenplan** 2013 für das Amt 530 wird zugestimmt. Die Veränderungsliste gegenüber dem Haushalt 2012 für das Amt 530 ist als **Anlage 3** beigelegt.

- mit großer Mehrheit beschlossen –

Abstimmungsergebnis:

Ja: 14  
Nein: 1  
Enthaltungen: 0

Auf Wunsch der Anwesenden erfolgt eine Abstimmung des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Gesamthaushalt 2013 der Stadt Bielefeld mit folgendem Ergebnis:

**Beschluss:**

**Dem städt. Gesamthaushalt 2013 wird mehrheitlich, mit folgendem Abstimmungsergebnis zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9  
Nein: 6  
Enthaltungen: 0

---

**Zu Punkt 6**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**  
**-Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

---

Vorsitzende Frau Schrader bedankt sich bei Herrn Großegödinghaus für seine Teilnahme an den Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Schrader  
(Vorsitzende)

---

Krumme  
(Schriftführerin)